

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr.<sup>in</sup> Pamela Rendi-Wagner, MSc  
Genossinnen und Genossen

### **betreffend: Ein Budget der gebrochenen Versprechen**

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Budgetbegleitgesetz 2021 inklusive Generaldebatte

Das Budget der Regierung liest sich wie eine Kapitulation vor der größten Beschäftigungs- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Man rühmt sich damit, dass man die – bisher schlecht gemachten – Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft im Jahr 2020 und 2021 „im Budget eingestellt“ hat. Neue Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Ankurbelung der Konjunktur fehlen. Aufgrund des völligen Versagens der Regierung im Corona-Krisen Management – in den USA sind unter einem Präsidenten Trump die Zahl der Neuinfektionen geringer als in Österreich – musste ein zweiter Lockdown beschlossen werden und man muss mit lockdownähnlichen Maßnahmen bis Jahresende rechnen. Im Budget dürfte also kein Stein auf dem anderen bleiben – stattdessen beschließt die Regierung ein Budget, das zu einem Zeitpunkt verhandelt wurde, wo die Zahl der täglichen Neuinfektionen noch bei 300 bis 600 und nicht bei 6.000 bis 8.000 lag. Schon zuvor war zur Bekämpfung der höchsten Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Zweiten Republik zu wenig Geld vorhanden – das gilt angesichts der dramatischen Verschärfung der Corona-Krise in Österreich in den letzten Wochen umso mehr.

Das WIFO hat angesichts der dramatischen Entwicklung ein Risikoszenario berechnet. Demnach kommt es in Österreich 2020 zu einem Wirtschaftseinbruch von über 9% und – schlimmer noch – die wirtschaftliche Erholung für das nächste Jahr ist abgesagt.

Dem Gesundheitssystem fehlen dadurch Milliarden an Einnahmen, in den Spitälern und bei den Krankenkassen. Die Bundesregierung hat im Budget bis dato dazu keine Kompensation vorgesehen.

Es wäre hoch an der Zeit entschieden gegen diese dramatischen Entwicklungen mit Rekordarbeitslosigkeit und Rekordpleiten der österreichischen Unternehmen vorzugehen. Was aber macht die Bundesregierung im Budget stattdessen?

- **Ein Arbeitsmarktbudget in Zeiten der größten Arbeitslosigkeit KLEINER als in der Hochkonjunktur 2017**

Wie Medien bereits berichtet haben, hat die Regierung ein Arbeitsmarktbudget (Aktive Arbeitsmarktpolitik, AMS) vorgelegt, dass pro Arbeitslosen sogar ein geringeres Förderbudget als in Zeiten der Hochkonjunktur 2017 vorsieht. Dabei müsste es in der größten Arbeitsmarktkrise auch das größte Arbeitsmarktbudget geben. Jetzt rächt sich auch, dass unter der Regierung Kurz sinnvolle Beschäftigungsprogramme – wie die Aktion 20.000 – aus rein ideologischen Gründen abgedreht wurden. Man könnte diese Beschäftigungsprogramme heute gut nutzen, um Menschen wieder in Arbeit zu bringen.

- **Steuersenkung ist abgesagt – keine Stärkung der kleinen und mittleren Einkommen**

Eigentlich hätte die zweite Etappe der Steuerreform 2022 folgen sollen – im Budget ist bis 2024 aber keine weitere Steuersenkung vorgesehen. Es wäre jetzt der passende Zeitpunkt eine Steuersenkung derart zu gestalten, dass kleine und mittlere Einkommen besonders profitieren um damit den Konsum zu stabilisieren. Die geplante Senkung der Körperschaftssteuer sollte hingegen jedenfalls gestrichen werden. Menschen, die aufgrund des Corona-Missmanagement der Regierung arbeitslos wurden, werden mit Einmalzahlungen abgespeist und müssen mit rund der Hälfte ihres früheren Einkommens über die Runden kommen, viele von ihnen schon seit Monaten. Zahlreiche Anträge der SPÖ auf eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70% wurden von den Regierungsfractionen abgelehnt.

- **Keine nennenswerte Ausweitung der öffentlichen Investitionen**

In Zeiten der Krise halten sich Unternehmen mit Investitionen zurück. In der aktuellen WIFO Prognose hat das Institut vorgerechnet, dass 34% der Unternehmen keine Investitionen mehr planen und 40% der Unternehmen wollen Investitionen aufgrund der Krise verschieben. Hier müsste der Staat einspringen: mit einem Vorziehen von Investitionen und einem umfassenden Paket für den Klimaschutz (thermische Sanierung etc.). Dazu findet sich im Budget sehr wenig. Für den Klimaschutz gibt es ein Mini-Paket von wenigen hundert Millionen Euro. Dabei könnte eine jährliche Klimaschutzmilliarde viele Arbeitsplätze schaffen. Ebenso wissen alle, dass Pflege, Kinderbetreuung oder auch das Gesundheitssystem ausgebaut werden müssen. Zukunftsinvestitionen muss man mit der Lupe suchen.

- **Keine Initiative zur Rettung von Arbeitsplätzen, kein Paket gegen Firmenabwanderungen**

Swarovski, ATB, MAN ... die Liste der Unternehmen, die Mitarbeiter abbauen oder ganze Standorte auflösen bzw. ins kostengünstigere Ausland verlagern, wird immer länger. Die SPÖ hat bereits eine Initiative zur Rettung von Arbeitsplätzen und Firmen eingebracht. Von Seiten der Regierung gibt es im Budget aber bisher keinerlei Initiativen, auch kein Paket gegen Firmenabwanderungen ins Ausland.

- **Wer zahlt die Krise? Diese Frage wird im Budget nicht beantwortet**

Die einzige Einsparungsmaßnahme, die von der Regierung gesetzt wird, ist die Streichung der abschlagsfreien Pension nach 45 Jahre. Der Bauarbeiter, der nach 45 Jahren in Pension geht, wird also als erstes zur Kassa gebeten. Eine gerechte Besteuerung von Krisengewinnern wie Amazon oder Millionären, die in Österreich keine Steuern zahlen, gibt es nicht.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die aktuellen, dramatischen Entwicklungen in der Corona-Krise im Budget zu berücksichtigen, die drohende Rekordarbeitslosigkeit von mehr als 500.000 Menschen zu bekämpfen und dem Nationalrat dementsprechende Vorschläge zur Abänderung des Budgets zu unterbreiten, die insbesondere folgende Maßnahmen enthalten:

1. Milliardeninvestitionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Jahr 2021. Darunter Ausbildungsoffensiven in den Bereichen, Pflege, Schule und Kindergarten
2. Eine Stärkung der Kaufkraft für kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes von 55% auf 70% des Letzteinkommens, sowie eine Steuersenkung im Ausmaß von 5 Milliarden Euro für kleine und mittlere Einkommen.
3. Eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen:  
Insbesondere über einen vollständigen Ersatz des Ertragsausfalls der Gemeinden, zusätzliche Investitionen in den Klimaschutz, den sozialen Wohnbau sowie in Kindergärten und Schulen.
4. Die Schaffung einer Stiftung für die Rettung von Arbeitsplätzen und Firmen
5. Mehr Geld für die Gesundheit, insbesondere mehr Mittel für die Spitäler und Kostenersatz für die Krankenkassen.
6. Die Einführung einer Sondersteuer für Onlinekonzerne sowie einer Millionärsabgabe und einer Erbschaftssteuer für Millionenerbschaften“

